

© **Schwerpunkt »Wasser«**

## **Wasser geht nur global**

Wie die Agenda 2030 die Entwicklungszusammenarbeit der EU im Wasserbereich zum Erfolg führen kann

von Maria Heubuch

*Mit der 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den darin verkündeten Sustainable Development Goals (SDGs) unterstreichen die Vereinten Nationen den Stellenwert der Wasserfrage bei der Lösung globaler Herausforderungen. Die Vorhaben der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union im Wassersektor sind ambitioniert, verlieren jedoch durch mangelnde Verbindlichkeit und unkoordinierte Entwicklungspolitiken an Wirkung. Für eine bessere Wirksamkeit muss die Agenda 2030 zum universellen Zielkatalog aller Entwicklungspolitiken werden, auch im Bereich Wasser. Dafür muss die EU-Entwicklungspolitik deutlich aufgestockt, kohärenter und innovativer werden.*

Am 26. Oktober 1994 entstand an einem unwirtlichen Ort in der Wüste ein wichtiges Foto. Darauf sind zwei Männer zu sehen, die gemeinsam eine Zigarette rauchen. Das Foto ist wichtig, denn diese Zigarette ist eine der bedeutenden Friedenspfeifen der letzten 30 Jahre und die beiden Männer sind der damalige König Hussein von Jordanien und der ehemalige israelische Premierminister Yitzhak Rabin. Sie haben soeben an einem Grenzübergang im Wüstental Wadi Araba den Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien unterzeichnet, der nicht zuletzt ein Wasser-Friedensvertrag ist. Denn er regelt neben Grenz- und Sicherheitsfragen detailliert die Verteilung des Wassers aus den Grenzflüssen Jordan und Yarmouk.<sup>1</sup>

Die hohe Priorität der Wasserfrage in diesem Friedensvertrag zeigt, wie sehr der Nahostkonflikt auch ein Wasserkonflikt ist. Auch in Afrika schwelen zahlreiche interne und zwischenstaatliche Konflikte mit Wasserbezug: Ägypten, Äthiopien und Sudan streiten seit Langem um die Rechte am Nilwasser. Der Bürgerkrieg im Sudan wird nicht zuletzt auf Wasserkonflikte zurückgeführt.

In den Jahren 2007 bis 2010 wurde Syrien von der größten Dürre seit Beginn der Aufzeichnungen heimgesucht. In der Folge brach die Landwirtschaft in weiten Teilen des Staates zusammen, die Lebensmittelpreise stiegen und rund 1,5 Millionen Menschen flohen vom Land in die Peripherie der großen Städte. Wissenschaftler gehen heute davon aus, dass der Be-

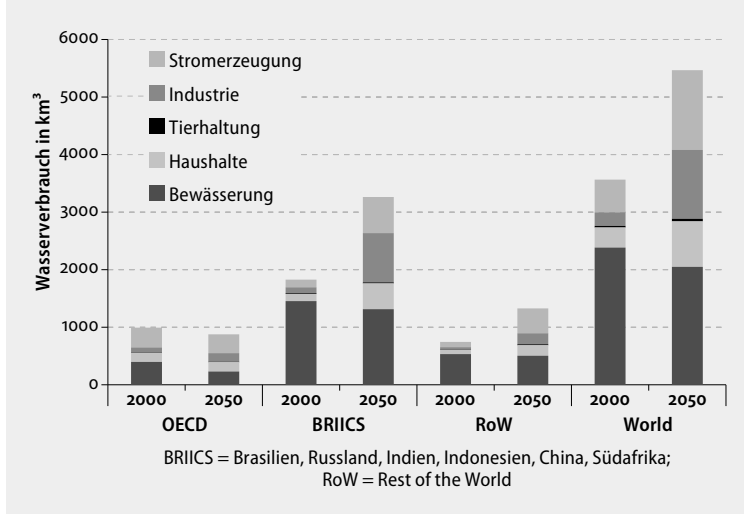
ginn des syrischen Bürgerkriegs 2011 durch die Folgen der Dürre zumindest begünstigt wurde.<sup>2</sup>

In vielen fruchtbaren Regionen Afrikas ist Landgrabbing längst zu einer direkten Ursache für Hunger und Vertreibung der ländlichen Bevölkerung geworden. In zahlreichen Fällen erhalten Investoren zusätzlich zum Land auch noch Wassernutzungsrechte, oftmals kostenlos und langfristig. Watergrabbing geht mit Landgrabbing einher.<sup>3</sup> Watergrabbing potenziert dabei jedoch das Problem. Denn wird Land an einen Investor verkauft, so verliert »nur« der unmittelbar betroffene Bauer sein Land. Werden Wasserrechte gleich mit verkauft, sind auch alle anderen stromauf- und -abwärts betroffen: Hirten, Anwohner, Bauern.

Die großen Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Hunger, Kriege, Vertreibung – sind von der Wasserfrage nicht zu trennen. Die OECD geht davon aus, dass der weltweite Wasserverbrauch zwischen den Jahren 2000 und 2050 von 3.500 auf fast 5.500 Kubikkilometer steigen wird (Abb. 1).<sup>4</sup> Die Konkurrenz um das Wasser wird also nochmals deutlich zunehmen.

### **Neue Entwicklungsziele der UN**

Da am 25. September 2015 alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« unterzeichneten, erhoffen sich viele davon Fortschritte bei der Lösung der globalen Krisen,

**Abb. 1: Globaler Wasserverbrauch 2000 und 2050**

Quelle: OECD: Environmental outlook to 2050. Paris 2012.

die mit dem Wasser verbunden sind. Denn während der Vorgängervertrag, die Millennium Development Goals (MDGs), Wasser lediglich als Unterziel der Umweltziele führte, ist die Wasserfrage nun aufgewertet und als ebenso eigenständig wie prioritär erkannt worden. Das sechste Sustainable Development Goal (SDG 6) lautet: »Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten«. Es ist ein Maximalziel. Das muss es auch sein, denn sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung sind Menschenrechte und erlauben keine Beschränkung auf eine Region oder Gruppe.

In den acht Unterzielen des SDG 6 wird detailliert aufgelistet, was bis 2030 erreicht werden soll (siehe Kasten). Diese Konkretisierung in den Unterzielen macht das Gesamtziel noch einmal ambitionierter. Wesentlich ist, dass die SDGs nicht mehr nur für Entwicklungs- und Schwellenländer gelten, sondern für alle Länder. Sie beziehen sich also genauso auf die Trinkwasserversorgung in Botswana wie auf die Grundwasserbelastung durch die Massentierhaltung in Deutschland. Das SDG 6 wirkt sich so bis auf die Wassergesetzgebung in Deutschland aus.<sup>5</sup>

Gleichzeitig steht dem umfassenden und ultimativen Charakter der Erklärung jedoch ein Mangel an Verbindlichkeit gegenüber. Die Agenda 2030 ist eine freiwillige Vereinbarung und ihr Erfolg hängt vom Engagement der einzelnen Länder ab, die sie auf nationaler Ebene erreichen müssen.

### Schwächen der EU-Entwicklungspolitik

Die Europäische Kommission hat sich stark in die Entwicklung der Agenda 2030 eingebracht. Dennoch

steht ein gemeinsamer europaweiter Plan für die zielstrebige Umsetzung der Agenda 2030 bisher aus. Der Forderung der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament nach einem klaren Bekenntnis zur Agenda 2030 auf höchster politischer Ebene in der gesamten EU, und damit zur universellen Gültigkeit, ist die EU-Führung noch nicht gefolgt.<sup>6</sup> Dabei ist das Engagement der EU für den Erfolg der Agenda 2030 entscheidend. Sie und ihre Mitgliedstaaten sind mit 68 Milliarden Euro (2015) gemeinsam der weltweit größte Geber in Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe. Großbritannien und Deutschland sind in absoluten Zahlen die größten Geberländer weltweit nach den USA.<sup>7</sup>

Doch die Entwicklungspolitik der EU leidet an strukturellen und konzeptuellen Schwächen, was ihre Wirksamkeit mindert. Die EU hat sich einer Vielzahl von Politiken, Prinzipien und Zielsystemen verschrieben, die sich teilweise doppeln, ergänzen oder auch widersprechen. Intern hat die EU seit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1993 eine eigene Entwicklungspolitik. Deren Prinzipien und Prioritäten wurden zuletzt im Europäischen Konsens von 2005 formuliert. Dazu gehören die Förderung von Eigenverantwortung, Partnerschaft, politischer Dialog, die Beteiligung der Zivilgesellschaft, Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung der Fragilität von Staaten.

Die wasserbezogenen Maßnahmen der EU verteilen sich auf unterschiedliche Programme und werden – wie die gesamte EU-Entwicklungszusammenarbeit – aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sowie dem allgemeinen EU-Haushalt getragen. Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 sind für die Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Zusätzliche Mittel werden unter anderem für Wasserdiplo-matieprojekte, um Ressourcenkonflikte präventiv zu verhindern und den Frieden weltweit zu stärken, sowie für die Verknüpfung von Wassermanagement, Lebensmittelsicherheit und Energieversorgung (sog. »Nexus Wasser-Ernährung-Energie«) bereitgestellt.<sup>8</sup>

Es passiert also durchaus etwas. Allein die Ergebnisse bleiben unbefriedigend. Laut Bericht der UN zu den Millenniums-Entwicklungszielen<sup>9</sup> stellt sich die Lage so dar: Die Versorgung mit Trinkwasser hat sich deutlich verbessert. Zwischen 1990 und 2011 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu verbessertem Trinkwasser von 76 auf 91 Prozent. 58 Prozent der

## Sustainable Development Goal 6

»Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.«

- 6.1 Bis 2030 den allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle erreichen
- 6.2 Bis 2030 den Zugang zu einer angemessenen und gerechten Sanitärversorgung und Hygiene für alle erreichen und der Notdurftverrichtung im Freien ein Ende setzen, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen und von Menschen in prekären Situationen
- 6.3 Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern
- 6.4 Bis 2030 die Effizienz der Wassernutzung in allen Sektoren wesentlich steigern und eine nachhaltige Entnahme und Bereitstellung von Süßwasser gewährleisten, um der Wasserknappheit zu begegnen und die Zahl der unter Wasserknappheit leidenden Menschen erheblich zu verringern
- 6.5 Bis 2030 auf allen Ebenen eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umsetzen, gegebenenfalls auch mittels grenzüberschreitender Zusammenarbeit
- 6.6 Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen
- 6.a Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Kapazitätsaufbau für Aktivitäten und Programme im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung ausbauen, einschließlich der Wassersammlung und -speicherung, Entsalzung, effizienten Wassernutzung, Abwasserbehandlung, Wiederaufbereitungs- und Wiederverwendungstechnologien.
- 6.b Die Mitwirkung lokaler Gemeinwesen an der Verbesserung der Wasserbewirtschaftung und der Sanitärversorgung unterstützen und verstärken

Weltbevölkerung verfügt über einen Trinkwasseranschluss. 2,1 Milliarden Menschen erhielten seit 1990 Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen. Andere Indikatoren zeichnen ein düsteres Bild: Der Raubbau in der Meeresfischerei nimmt weiter zu. 40 Prozent der Weltbevölkerung sind von Wasserknappheit betroffen, Tendenz steigend. Die Zahl der Länder mit drohender Wasserknappheit ist seit 1998 von 36 auf 41 gestiegen und damit auch die Zahl potenzieller Wasserkonflikte.

Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, dem Global Environmental Outlook 2012, gehen Grundwasserverunreinigung und Eutrophierung, also ungebremstes Pflanzenwachstum in Gewässern, lediglich stellenweise minimal zurück und nehmen andernorts weiter stark zu, die Meeresverschmutzung geht kaum bis gar nicht zurück.

Insbesondere die Effizienz der eingesetzten Mittel ist häufig unbefriedigend. Die EU-Kommission formulierte es bereits 2007 so: »Häufig konzentrieren sich die Geber auf dieselben Länder und dieselben Sektoren. Dies führt zu hohen Verwaltungsausgaben und Transaktionskosten in den Partnerländern, zu einem diffuseren Politikdialog, zu geringerer Transparenz und einem höheren Korruptionsrisiko.«<sup>10</sup>

Wie lässt sich also die viel diskutierte Frage nach mehr Wirkung, mehr Effizienz und mehr Erfolgen der Entwicklungspolitik im Wassersektor und insgesamt beantworten?

Eine Antwort könnte sein, dass die EU und ihre Mitgliedsländer den Mut und die Selbstbeschränkung

aufbringen müssen, um sich einem gemeinsamen Rahmenwerk, einem Zielkatalog, einer weltweiten Initiative zur Lösung der weltweiten Herausforderungen unterzuordnen; dass wir ein Stück weit verzichten müssen auf nationale Entwicklungspolitiken und auf eine eigene EU-Entwicklungspolitik und dass wir stattdessen dieselben Prioritäten verfolgen. Die Agenda 2030 bietet genau diesen Rahmen. Sie ist breit genug angelegt, um die zentralen globalen Fragen zu adressieren. Sie ist tief genug ausgearbeitet, um konkret tätig zu werden. Und sie beschränkt sich gleichzeitig auf das Wesentliche, auf 17 große Ziele. Die derzeit in der Erarbeitung befindliche Neuformulierung des Europäischen Konsenses sollte diesem Ansatz folgen und die Agenda 2030 als Zielkatalog definieren.

### Die Agenda 2030 umsetzen

Für die EU-Wasser-Entwicklungspolitik bedeutet dies, das SDG 6 mit seinen Unterzielen zur Richtschnur zu machen und eins zu eins in EU-Politik zu übernehmen. Die acht Unterziele des SDG 6 sollten die acht Ziele der EU-Entwicklungspolitik im Wasserbereich werden. Gleiches gilt natürlich für alle anderen SDGs. Für eine Erreichung des SDG 6 muss die EU-Entwicklungspolitik vor allem in drei Bereichen verbessert werden.

#### *Mehr Geld*

Seit 1970 gibt es das Ziel, die staatlichen Entwicklungshilfegelder (ODA) auf 0,7 Prozent des Bruttonational-

einkommens (BNE) anzuheben. Die EU lag 2015 bei 0,47 Prozent. Wenngleich in einigen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit mittlerweile eine Überförderung besteht und Mittel nicht mehr sinnvoll abfließen können, ist die Forderung nach einer Erhöhung der ODA im Wasserbereich richtig, um notwendige Investitionen zu ermöglichen.

Die Unterziele 6.1 (Trinkwasser für alle) und 6.2 (Sanitärversorgung für alle) sind zentrale Ziele der Agenda 2030. Ihre Dimension wird nicht nur durch ihre Totalität (»für alle«) deutlich, sondern wird noch verstärkt durch die Anforderungen an den »allgemeinen« und »gerechten« Zugang zu »einwandfreiem« und »bezahlbarem« Trinkwasser. Damit werden auch an die Wasserqualität erhebliche Anforderungen gestellt. Dieses Ziel stellt uns vor enorme technische und infrastrukturelle Herausforderungen. Einzelne Brunnenprojekte in Afrika reichen nicht mehr aus. Es müssen Brunnen oder Wasseranschlüsse für *alle* Menschen gebaut werden. Es bedarf enormer Investitionen, um Millionenstädte mit einer funktionierenden Wasser- und Abwasserinfrastruktur zu versorgen. Die EU als Global Player ist hier in der Pflicht, denn es gibt nicht viele andere Geber, die Aufgaben dieser Größenordnung stemmen können. Gleichzeitig sollten die Länder des Südens darin unterstützt werden, mehr Steuern einzunehmen, um in der Zukunft bei Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr von Förderungen abhängig zu sein.

#### *Mehr Politikkohärenz und integriertes Denken*

Mit Investitionen allein lässt sich das SDG 6 jedoch nicht erreichen. Zu oft ist in der Vergangenheit in Bau-

ruinen investiert worden, weil die politische und soziale Einbettung fehlte. Die Unterziele von SDG 6 machen deutlich, wie wichtig Politikkohärenz, d. h. die Abstimmung einzelner Politikbereiche, in Zukunft sein wird. Gerechter Zugang zu Wasser und bezahlbares Wasser lassen sich nicht durch Investitionen allein erreichen, sondern müssen politisch durchgesetzt werden.

Die Vergabe von Wassernutzungsrechten an Landinvestoren widerspricht grundsätzlich dem allgemeinen und gerechten Zugang zu Wasser und muss strengen Regeln unterworfen werden. Die EU muss endlich Initiativen ergreifen, um Landgrabbing und Watergrabbing zu begrenzen. Dies geht nur in Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Wasserdiplomatie muss eine zentrale Aufgabe der EU-Außenpolitik werden und so die Entwicklungspolitik stärken. Noch deutlicher wird dies im Nahen Osten sichtbar, wo der Zugang zu Trinkwasser Gegenstand politischer Konflikte ist. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist unmittelbar mit dem Zugang zu Wasser verknüpft und ein gerechter Zugang zu Trinkwasser, wie die Agenda 2030 ihn fordert, verlangt letztlich eine Friedenslösung in der Region.

Da die Agenda 2030 auch für die EU selbst gilt, betrifft die Forderung nach »einwandfreiem« und »bezahlbarem« Trinkwasser auch uns selbst. Daher müssen auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik Konsequenzen aus der Agenda 2030 gezogen werden. Denn wenn 40 bis 60 Prozent des Grundwassers in Intensivtierhaltungsregionen verunreinigt ist und nur zu erheblichen Kosten für die Allgemeinheit gereinigt werden kann, muss die Agrarpolitik reagieren, wenn das SDG 6 erreicht werden soll. Insbesondere stellt das Unterziel 6.6, das den Schutz und die Wiederherstellung von wasserverbundenen Ökosystemen bis 2020 fordert, die Agrarpolitik vor Herausforderungen, denn der Schutz von Flüssen, Bächen und Seen vor Eutrophierung und Eintrag von Pestiziden erfordert erhebliche Änderungen in der landwirtschaftlichen Praxis. Die Forderungen nach Wassereffizienz stellen zudem die auf Importfuttermitteln basierende Tierhaltung in Frage, die mit einem erheblichen Verbrauch an Wasser in teilweise wasserarmen Regionen verbunden ist.

#### *Mehr Offenheit für das Unerwartete*

So klar die Ziele der Agenda 2030 formuliert sind, so unklar ist vielfach der Weg dahin. Bei der Lösung der großen globalen Herausforderungen betreten wir vielfach unbekanntes Terrain. Für die Lösung der Klimakrise oder die Herstellung der Wasserversorgung für alle Menschen gibt es keine Präzedenzfälle und lassen sich keine *lessons learnt* aus der Vergangenheit ableiten. Die Übertragung bekannter Rezepte auf vollkommen neue Problemdimensionen ist daher problematisch.

### Folgerungen & Forderungen

- Die Agenda 2030 muss zum allgemeinen Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden.
- Die EU-Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor muss sich eins zu eins am Sustainable Development Goal (SDG) 6 orientieren.
- Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens angehoben werden, um Investitionen in die Wasserversorgung und -entsorgung zu finanzieren.
- Um die Ziele des SDG 6 zu erreichen, muss insbesondere mehr Politikkohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und der EU-Außen- und Sicherheitspolitik sowie der gemeinsamen Agrarpolitik und Handelspolitik hergestellt werden.
- Die Entwicklungszusammenarbeit muss innovations- und risikofreudiger werden, wenn sie den künftigen Herausforderungen gerecht werden will.

Dennoch steht Planung in der Entwicklungszusammenarbeit immer ganz oben. Dahinter steht der berechtigteste Wunsch zu gewährleisten, dass Steuergelder effektiv eingesetzt werden. In der Folge haben sich Planungsinstrumente entwickelt, die durch komplizierte Wirkungs- und Indikatorensysteme sicherstellen sollen, dass der gewünschte Erfolg auch eintritt. Innerhalb der EU gibt es dabei eine Vielzahl solcher Planungsansätze. In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit spricht man von Wirkungsketten. Dahinter steckt immer der Versuch, Schritt für Schritt den Weg zum gewünschten Erfolg zu planen. Die Frage ist, ob ein solches Vorgehen der Realität in den Entwicklungsländern gerecht wird; ob sich Erfolg ausgerechnet in besonders unsicheren Situationen voraussagen lässt. Die Erfahrung zeigt: Es kommt eigentlich immer anders als geplant. Deswegen ist es so wichtig, dass die Geldgeber ihre Aktivitäten noch besser an die Systeme und Prozesse vor Ort anpassen, statt ihre eigenen überzustülpen.

Das Ziel, allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen, ist richtig. Der Weg dahin muss jedoch noch gefunden werden. Die Entwicklung einer solaren, resilienten Landwirtschaft, die besser auf Wassermangel und Klimawandel reagieren kann als die industrielle Landwirtschaft, ist ein innovativer Prozess. Wie diese Landwirtschaft am Ende aussehen wird, können wir heute noch nicht sagen. Lösungen zur Beilegung von Kriegen und Konflikten um die Ressource Wasser müssen in jedem Fall neu konzipiert werden. Was wir in der Entwicklungszusammenarbeit daher mindestens so sehr brauchen wie Geld und Politikkohärenz, ist der Mut zur Offenheit für neue Wege. Albert Einstein hat es einmal so formuliert: »Probleme kann man niemals durch die gleiche Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind«. Wenn wir anerkennen, dass die globalen Probleme mit uns allen und unseren Denkweisen zu tun haben, müssen wir auch unsere Lösungsansätze überdenken und erneuern. Die Neuformulierung der Ziele der in-

ternationalen Entwicklungspolitik ist mit der Agenda 2030 erfolgt. Die Neuformulierung der Methoden steht noch aus.

#### Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- Maria Heubuch: Umsetzung erfordert Veränderung. Die UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 – eine EU-Perspektive. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 47–52.

#### Anmerkungen

- 1 Treaty of Peace Between The Hashemite Kingdom of Jordan And The State of Israel 1994.
- 2 C. P. Kelley Shahrzad Mohtadi et al.: Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought. London 2014.
- 3 C. Callenius: Der Griff nach Wasser. »Watergrabbing« und die Rolle der Agrarkonzerne. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 86–90.
- 4 OECD: Environmental outlook to 2050. Paris 2012.
- 5 Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016. Berlin 2016.
- 6 M. Heubuch: »Europa muss konkreten Plan für Welt-Innenpolitik vorlegen«. Pressemitteilung vom 13. Mai 2016.
- 7 Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: ODA Zahlen: Geber im Vergleich 2015 ([www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/oda/geber/index.html](http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/geber/index.html)).
- 8 European Commission: The EU Water Development Policy and the new framework for action. Brüssel 2012 ([https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/new\\_watersector\\_02.12.pdf](https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/new_watersector_02.12.pdf)).
- 9 Vereinte Nationen: Millenniums-Entwicklungsziele Bericht 2015. New York 2015.
- 10 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – EU-Verhaltenskodex im Hinblick auf die Arbeitsteilung im Bereich der Entwicklungspolitik. Brüssel 2007.



#### Maria Heubuch

Sprecherin für Entwicklungspolitik der Grünen/EFA im Europäischen Parlament und Milchbäuerin im Allgäu.

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60 – ASP 4F366, B-1047 Brüssel  
E-Mail: [maria.heubuch@ep.europa.eu](mailto:maria.heubuch@ep.europa.eu)